Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2621

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

139. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 21. Oktober 1964

140. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 23. Oktober 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

I. 1. Abgeordneter **Dr. Martin**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission, Herrn Professor Eckert, wonach viele Bewohner der Zonenrandgebiete gegenüber der Bevölkerung des übrigen Bundesgebietes dadurch stark benachteiligt seien, daß die Möglichkeiten auf den verschiedensten Gebieten der Bildung geringer seien als im Bundesdurchschnitt und fast allen Bewohnern dieser Gebiete der Zugang zu Kultur- und Ausbildungsstätten erschwert sei?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Martin**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in die Förderung des Zonenrandgebietes die Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten einzubeziehen bzw. darüber mit den zuständigen Ländern zu verhandeln?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter **Jahn**

Hält die Bundesregierung die Anwendung des § 556 a BGB nach dem Urteil des Amtsgerichts Herford vom 10. April 1964 — 10 C 167/64 — für zutreffend und ausreichend, wonach einer schwangeren Mieterin Schutz aufgrund des § 556 a BGB nur für eine Zeitdauer bis sechs Wochen nach der Geburt gewährt werden soll?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

III. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Zu welchem Ergebnis haben die in der Fragestunde vom 23. Oktober 1963 vom Bundesfinanzminister zugesagten Bemühungen geführt, die Zahl der geöffneten Privatbriefe aufgrund des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote zu verringern?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 2.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wie hoch ist die Zahl der irrtümlich geöffneten privaten Sendungen in der Zeit vom 1. Januar 1964 bis 30. September 1964?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

IV. 1.	Abgeordneter **Fritsch**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesbaugesetz die private Bautätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues, in Niederbayern unerträglich einschränkt?
IV. 2.	Abgeordneter **Fritsch**	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, über die bisherigen, den Ländern gegebenen Empfehlungen hinaus den einschränkenden Wirkungen des Bundesbaugesetzes zu begegnen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

	Abgeordneter **Fritsch**	Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit den Entwurf einer 4. Novelle zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vorzulegen, der den berechtigten Forderungen der Heimkehrer, insbesondere auf den Gebieten des Beginns und der Höhe der Entschädigung für erlittene Gewahrsamszeiten, Gewährung des Wehrsoldes während der Gefangenschaft und Anrechnung der Haftdauer als Versichertenzeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung entspricht?

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1.	Abgeordneter **Ertl**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Pressemeldungen, wonach auf Grund des deutsch-italienischen Wiedergutmachungsabkommens italienische Partisanen, die gegen die ehemalige deutsche Wehrmacht gekämpft haben, Zahlungen erhalten, in der deutschen Öffentlichkeit erhebliche Kritik und Unwillen ausgelöst haben, wie dies besonders durch die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler zum Ausdruck kommt?
VI. 2.	Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**	Entspricht es den Tatsachen, daß die Bundesregierung 40 Millionen DM zur Verteilung an die italienischen Partisanen gezahlt hat?
VI. 3.	Abgeordneter **Dr. Althammer**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die vom Herrn Bundeskanzler in seinem Telegramm an General de Gaulle ausgedrückte Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe in Südamerika in die Tat umzusetzen?

VI. 4.	Abgeordneter **Dr. Althammer**	Hat die Bundesregierung auf das französische Angebot, eine gemeinsame Linie gegenüber den osteuropäischen Ländern zu entwickeln, geantwortet?
VI. 5.	Abgeordneter **Bühler**	Sind Verpflichtungen ausländischer diplomatischer Vertretungen, die diese oder deren Mitglieder usw. nicht erfüllt haben, bereits einmal von der Bundesregierung beglichen worden?
VI. 6.	Abgeordneter **Bühler**	In wieviel Fällen ist Frage VI/5 zu bejahen?
VI. 7.	Abgeordneter **Bühler**	Treffen die Angaben in der Zeitschrift „Kristall" Nr. 21 über zahlungsunwillige Diplomaten zu?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII. 1.	Abgeordneter **Dr. Rutschke**	Ist der Bundesregierung bekannt, an wie viele Persönlichkeiten das Bundesverdienstkreuz in höherer Stufe für die Rettung von Menschenleben verliehen worden ist?
VII. 2.	Abgeordneter **Dr. Rutschke**	Ist der Bundesregierung bekannt, an wie viele Persönlichkeiten das Bundesverdienstkreuz in höherer Stufe für ihr Eintreten für den freiheitlichen Rechtsstaat unter Gefahr für Leib oder Leben, insbesondere gegenüber den Machthabern in der sowjetisch besetzten Zone, verliehen worden ist?
VII. 3.	Abgeordneter **Dr. Rutschke**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Rettung von Menschenleben und das Eintreten für den freiheitlichen Rechtsstaat unter Gefahr für Leib oder Leben in einer auf die Achtung der Menschenwürde gegründeten Demokratie zu den verdienstvollsten Taten gehören?
VII. 4.	Abgeordneter **Dorn**	Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß die Erhöhung der Gehälter für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst zum 1. Oktober 1964 dadurch weitgehend hinfällig gemacht wird, daß die Mieten für Bundeswohnungen bis zu 25% erhöht werden?
VII. 5.	Abgeordneter **Anders**	Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß viele Beamte des einfachen und mittleren Dienstes die Fürsorgepflicht des Bundes als nicht erfüllt ansehen, weil der Bund die ab 1. Oktober 1964 und evtl. sogar früher durchgeführte Besoldungserhöhung in der Form wieder aufhebt, daß sie die Mieten in den Bundeswohnungen — nicht nur in den verbilligten — in der vorgesehenen Weise erhöht?

VII. 6.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wird nach Auffassung der Bundesregierung die Würde des Menschen angetastet (Artikel 1 Abs. 1 Satz 1 GG), wenn in Schlagzeilen der Presse ein empfängnisverhütendes Mittel als „Antibaby-Pille" bezeichnet wird?
VII. 7.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wie will die staatliche Gewalt ihrer Verpflichtung, die Würde des Menschen zu schützen (Artikel 1 Abs. 1 Satz 2 GG), nachkommen, um die in der Bezeichnung „Antibaby-Pille" liegende Mißachtung der menschlichen Nachkommenschaft aus dem öffentlichen Sprachgebrauch fernzuhalten?
VII. 8.	Abgeordneter **Jahn**	Wann wird die Bundesregierung ihre Vorstellung über die Neuordnung des gesamten Besoldungsrechts vorlegen?
VII. 9.	Abgeordneter **Cramer**	Ist die Bundesregierung bereit, die aus der Zeit nach dem 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst nicht ausgezahlten Lohn- und Gehaltsanteile noch nachträglich auszuzahlen, nachdem sie aus dem Nachtragshaushalt des letzten Jahres rund 350 000 DM an noch lebende frühere afrikanische Bedienstete des Deutschen Reichs in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten Kamerun und Togo gezahlt hat?
VII. 10.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Hat sich die Bundesregierung mit den im Wirtschafts- und Sozialrat der UN diskutierten Plänen einer Kalenderreform beschäftigt?
VII. 11.	Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**	Ist die Bundesregierung bereit, der Forderung auf Zahlung eines Weihnachtsgeldes an alle Wehrpflichtigen, die von vielen Wehrpflichtigen erhoben wird und der sich der Bundesverteidigungsminister angeschlossen hat, nachzukommen und dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?
VII. 12.	Abgeordneter **Dr. Kohut**	Betrachtet die Bundesregierung alle drei Strophen des Deutschlandliedes oder nur die dritte Strophe als deutsche Nationalhymne?
VII. 13.	Abgeordnete **Frau Freyh (Frankfurt)**	Wird sich bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 1964 über die in den Bundeshaushaltsplan eingesetzten Mittel hinaus ein Mehrbedarf für die Studentenförderung nach dem Honnefer Modell ergeben?
VII. 14.	Abgeordnete **Frau Freyh (Frankfurt)**	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bewilligungsbedingungen der Studentenförderung nach dem Honnefer Modell für das Haushaltsjahr 1965 zu ändern?
VII. 15.	Abgeordneter **Dr. Mommer**	Ist es richtig, daß die Erteilung eines Einreisevisums in die Bundesrepublik an Staatsangehörige der osteuropäischen Staaten länger dauert als die Erteilung eines Einreisevisums an Deutsche, die in diese Länder einzureisen wünschen?

VII. 16. Abgeordneter **Strohmayr**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fachverbände der Standesbeamten, daß es dringend notwendig sei, im Bundesinnenministerium eine genaue Zusammenfassung der Eheschließungsgesetze jener Staaten herauszugeben, die Gastarbeiter in die Bundesrepublik entsenden?

VII. 17. Abgeordneter **Peiter**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Mieten für Bundeswehrangehörige in bundeseigenen und mit Bundesmitteln geförderten Wohnungen die zum 1. Oktober eingetretene Besoldungserhöhung wieder aufzehrt?

VII. 18. Abgeordneter **Peiter**

Ist die Bundesregierung bereit, den Wohnungs- und Heizungszuschuß für Bundeswehrangehörige entsprechend der in Frage VII/17 erwähnten Mietsteigerung zu erhöhen?

VII. 19. Abgeordneter **Strohmayr**

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt und für sozial tragbar, daß verheirateten Trennungsgeldempfängern im öffentlichen Dienst nur alle zwei Monate eine Familienheimfahrt erstattet wird?

VII. 20. Abgeordneter **Rommerskirchen**

Welche Wege sieht die Bundesregierung, um bei voller Wahrung der Rede- und Pressefreiheit in Fernsehen und Rundfunk Tatsachen in wirksamer Darstellung zur Geltung zu bringen, die für die Unverletzlichkeit Deutschlands in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen sprechen, und dem entgegenstehende einseitige Darstellungen wie beispielsweise die Fernsehsendung des Hessischen Rundfunks „Deutschlands Osten — Polens Westen" möglichst gleichzeitig und mindestens mit gleicher Intensität und Sendezeit zu korrigieren?

VII. 21. Abgeordneter **Müller (Aachen-Land)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, mit den Regierungen der Länder dahin gehend Fühlung zu nehmen, daß die in den Verwaltungsräten des Rundfunks und Fernsehens die Staatsgewalt vertretenden, auf das Grundgesetz vereidigten Parlamentarier und Beamten mit Nachdruck für die Sendungen der Anstalten öffentlichen Rechts die wirksame Darstellung von Tatsachen fordern, die für die Integrität Deutschlands in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen und gemäß der Präambel des Grundgesetzes für die Vollendung der Einheit und Freiheit ganz Deutschlands in freier Selbstbestimmung sprechen?

VII. 22. Abgeordneter **Müller (Aachen-Land)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, mit den Regierungen der Länder auch dahin gehend Fühlung zu nehmen, daß die in Frage VII/21 genannten Vertreter der Staatsgewalt dagegen auftreten, daß von diesem völkerrechtlich anerkannten Standpunkt abweichende einseitige

Darstellungen uns entgegenstehender ausländischer Meinungen über Gebühr umfangreich und ohne sachliche und wirksame Gegendarstellungen gesendet werden?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VIII. 1. Abgeordneter **Gewandt *)**

Wann wird die Bundesregierung die Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Wettbewerbssituation bei Presse, Funk und Fernsehen berufen?

VIII. 2. Abgeordneter **Gewandt *)**

Trifft es zu, daß Länderregierungen die Auffassung vertreten, sie sollten den Mitgliedern der Kommission zur Prüfung der Wettbewerbssituation bei Presse, Funk und Fernsehen keinen Einblick in die Arbeit der Länderrundfunk- und Fernsehanstalten gewähren?

VIII. 3. Abgeordneter **Mischnick**

Billigt die Bundesregierung die Zustimmung der Treuhandstelle für Interzonenhandel zur Einfuhr und zum Verkauf in der Sowjetzone rechtswidrig enteigneter Druckereimaschinen in der Bundesrepublik?

VIII. 4. Abgeordneter **Mischnick**

Wie will die Bundesregierung in Zukunft verhindern, daß sich die Treuhandstelle für Interzonenhandel mit der Erteilung der in Frage VIII/3 genannten Genehmigungen in Gegensatz zur Auffassung der Bundesregierung setzt, die die rechtswidrigen Enteignungen in der Sowjetzone unter Berücksichtigung der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes als Willkürmaßnahmen ablehnt?

VIII. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Elsner**

Hat die Bundesregierung Einfluß darauf genommen, daß die EWG-Kommission sich an einer Untersuchung über die Entwicklung des Eifel-Hunsrück-Gebietes beteiligt?

VIII. 6. Abgeordnete **Frau Dr. Elsner**

Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß eine Untersuchung des Zonenrandgebietes Vorrang verdient hätte vor jedem anderen Projekt, zumal sich damit eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten hätte, die Aufmerksamkeit der Gemeinschaft auf die schlimmen Auswirkungen der deutschen Teilung zu richten?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IX. 1. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Ist es richtig, daß — im Gegensatz zu rund 30 anderen Ländern — alljährlich etwa 800 000 Flaschen unreifen, d. h. unter 3 Jahren gelagerten schottischen Whiskys ohne Schutzvorschriften in das Gebiet der Bundesrepublik importiert werden?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IX. 2. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Konservenindustrie der Bundesrepublik und insbesondere die des Zonengrenzraumes sich in einer bedenklichen Krise befindet?

IX. 3. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

In welcher Form gedenkt die Bundesregierung Maßnahmen zur Behebung der in Frage IX/2 aufgezeigten Krise einzuleiten?

IX. 4. Abgeordneter **Wächter**

Wie hoch ist der Wassergehalt der in den einzelnen Mitgliedstaaten der EWG hergestellten Margarine?

IX. 5. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Ist es richtig, daß die Pariser Konvention zum Schutz der Pflanzenzüchtung vom Dezember 1961 eine Novellierung des deutschen Saatgutgesetzes notwendig macht?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung für den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zu ziehen, nachdem die Arbeitslosenversicherung auch im Jahre 1964 mit einem Überschuß abschließen wird und somit eine Senkung des Beitragssatzes für 1965 auf 1% möglich erscheint?

X. 2. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**

Welche Maßnahmen hat der Herr Bundesarbeitsminister getroffen, um bestimmte Gebrauchsgegenstände für Armamputierte, besonders für Rechts-Armamputierte, entwickeln zu lassen, und welche Gebrauchsgegenstände und Hilfen sind schon jetzt für diesen Personenkreis bei den Versorgungsämtern erhältlich?

X. 3. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Billigt es die Bundesregierung, daß die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sich dagegen sperrt, Sondererlaubnisse für die Anwerbung von Pflegepersonal in Ostasien zu erteilen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XI. 1. Abgeordneter **Kaffka**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in verschiedenen Standorten der Bundeswehr die Soldaten mit eigenen Mitteln Kasernenstuben tapezieren lassen müssen, um sie dadurch in einen menschenwürdigen Zustand zu versetzen?

XI. 2. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**

Ist die Bundesregierung bereit, den § 11 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes auch auf diejenigen Wehrpflichtigen auszudehnen, deren Mütter die sogenannte Brautversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten?

XI. 3. Abgeordneter **Lemmrich**

Was hat die Bundesregierung getan und was gedenkt sie ferner zu tun, um auf dem Gebiet der gemeinsamen Entwicklung von Rüstungsvorhaben die besondere Situation zu berücksichtigen, in welcher sich die Bundesrepublik gegenüber Frankreich auf Grund des bestehenden Vertrages befindet?

XI. 4. Abgeordneter **Dröscher**

Hält die Bundesregierung die Mieten der neuen Bundeswehrwohnungen in den Standorten Birkenfeld, Sobernheim und Idar-Oberstein angesichts der Einkommensverhältnisse der Unteroffiziere und jüngeren Offiziere und angesichts der sich aus dem familiengerechten Bedarf ergebenden Wohnfläche für tragbar?

XI. 5. Abgeordneter **Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit anzuerkennen, daß sich gerade in neuen Garnisonen in kleineren Gemeinden eine anderweitige Unterbringung, also unter Verzicht auf die angebotenen teueren Bundeswehrwohnungen, nicht ermöglichen läßt, und daraus Folgerungen zu ziehen?

XI. 6. Abgeordneter **Dröscher**

Welchen Unterschied gibt es zwischen Dienstwohnungen, die gerade in kleineren Gemeinden den öffentlich Bediensteten zur Verfügung gestellt werden, weil sie aus beruflichen Gründen zwingend dort wohnen müssen, und den Bundeswehrwohnungen?

XI. 7. Abgeordneter **Kaffka**

Wie viele Sanitätsoffiziere fehlen der Bundeswehr?

XI. 8. Abgeordneter **Kaffka**

Was hat das Bundesverteidigungsministerium bisher unternommen, um den Mangel an Sanitätsoffizieren zu beheben?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Hält die Bundesregierung die Stillegung oder Teilstillegung von Nebenstrecken der Bundesbahn auch dann unter Gesichtspunkten der Raumplanung und der Verkehrsverteilung auf Straße und Schiene für vertretbar, wenn es sich, wie im Falle der Bottwartalbahn, um ein Gebiet mit schneller Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung am Rande eines Ballungsgebietes handelt?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Bechert** *)

Sind in der Bundesrepublik in den letzten Jahren Versuche zur künstlichen Erzeugung von Niederschlägen gemacht worden und mit welchem Ergebnis?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII. 3. Abgeordneter **Dr. Bechert** *)

Denkt die Bundesregierung daran, bei anhaltender Trockenheit Wolken künstlich abregnen zu lassen, wie man das in Versuchen in den Vereinigten Staaten und auch in anderen Ländern schon gemacht hat?

XII. 4. Abgeordneter **Dr. Bechert** *)

Sind internationale oder auch innerstaatliche Verhandlungen beabsichtigt oder bereits geführt worden, um über niederschlagsarmem Gebiet in Trockenzeiten Niederschläge herbeizuführen?

XII. 5. Abgeordneter **Jahn**

Ist die Bundesregierung bereit, die Bestimmungen der Straßenverkehrs-Ordnung über die Bevorrechtigung der Fußgänger im Straßenverkehr an gekennzeichneten Überwegen (Zebrastreifen) angesichts der erschreckend ansteigenden Zahl von tödlichen Unfällen auf solchen Überwegen zu überprüfen?

XII. 6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Entspricht es den Tatsachen, daß die Vergabe von Tankstellenkonzessionen an Autobahnen nach einem an den Umsatz der Unternehmen gekoppelten Verteiler erfolgt und somit eine Benachteiligung kleinerer Tankstellenunternehmen darstellt?

XII. 7. Abgeordneter **Opitz**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Deutsche Bundesbahn in die Lage zu versetzen, die mittelständischen Eisenbahnoberbaubetriebe kontinuierlich zu beschäftigen?

XII. 8. Abgeordneter **Walter**

Wann beabsichtigt der Bund, die Bundesstraße 83 im Kreise Melsungen auszubauen und vor allem die Umgehung bei Melsungen und Altmorschen zu bauen sowie die Begradigung und Verbreiterung der Fahrbahn im Raume Altmorschen—Heinebach bis zur Kreisgrenze Rothenburg/Fulda vorzunehmen, da sich hier in den letzten Jahren zahlreiche Unfälle mit tödlichem Ausgang ereigneten und der Verkehr täglich viele Stunden am Übergang Altmorschen durch den starken Zugverkehr auf der Strecke Kassel—Bebra gesperrt ist?

XII. 9. Abgeordneter Walter

Wann wird die Bundesregierung die neue Trassenführung der B 85 — Planungen für den Aus- und Umbau bestehen ja bereits seit Jahren — bekanntgeben?

XII. 10. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist es richtig, daß in einer Schaffhausener Tageszeitung ein „Offener Brief" an die Deutsche Bundesbahn veröffentlicht wurde, in dem von einer „Vernachlässigung der Verkehrsinteressen der Kantone Schaffhausen und Zürich" gesprochen wird?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII. 11. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Bis wann erfolgt der Ausbau der Bundesbahnstrecken Würzburg — Heilbronn — Stuttgart — Horb — Singen — Schaffhausen — Zürich in einer Weise, durch die eine leistungsfähige und schnelle internationale Verbindung nach der Schweiz geschaffen wird?

XII. 12. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist es richtig, daß die Kantone Zürich und Schaffhausen sowie beide Städte bereit sind, einen Beitrag für die Elektrifizierung dieser Strecken zu leisten, da ihnen an einem leistungsfähigen Zubringer für die Gotthard-Bahn sehr gelegen ist?

XII. 13. Abgeordneter **Weigl**

Wann ist mit dem Ausbau des letzten Teilstückes der B 470 zwischen Altzirkendorf und Auerbach zu rechnen?

XII. 14. Abgeordneter **Weigl**

Wann ist mit dem von der oberpfälzischen Wirtschaft seit einiger Zeit geforderten Ausbau der Teilstrecke Weiden—Hirschau als dem wichtigsten Teil einer Verbindung Weiden—Amberg—Autobahn Nürnberg zu rechnen?

XII. 15. Abgeordneter **Dr. Supf**

Hält die Bundesregierung das deutsche Volk tatsächlich und auf die Dauer nicht für vertrauenswürdig genug, auch ohne Bahnsperren einen ordnungsgemäßen Betrieb der Bundesbahn sicherzustellen?

XII. 16. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Wann wird die Verteilung von Raucher- und Nichtraucherabteilen in den Personenzügen der Bundesbahn dem Zahlenverhältnis der Reisenden angepaßt sein, die auf der Bahnreise zu rauchen bzw. nicht zu rauchen wünschen?

XII. 17. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Hat die Deutsche Bundesbahn die Absicht, die Firma EUROBODEN nach dem Beispiel von München auch in weiteren Großstadtbereichen mit der Aufschließung und industriellen Besiedelung bundesbahneigener Grundstücke zu beauftragen?

XII. 18. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Trägt nach Ansicht des Herrn Bundeswohnungsbauministers die in Frage XII/17 genannte Maßnahme der Deutschen Bundesbahn den Zielen der Raumordnung, insbesondere den Entwicklungszielen Rechnung, wie sie im Ersten Raumordnungsbericht, und zwar in der Drucksache IV/1492, veröffentlicht sind, wo (unter C. II. 4.) gefordert wird, daß in Gebieten mit einer übermäßigen Verdichtung der Bevölkerung und Arbeitsstätten (überlastete Verdichtungsräume) Maßnahmen zur Strukturverbesserung ergriffen, jedoch Maßnahmen, die zu einer Überlastung führen, vermieden werden sollen?

XII. 19. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Wurde im Falle München die Firma EUROBODEN vertraglich verpflichtet, die bundesbahneigenen Flächen ausschließlich Firmen zur Verfügung zu stellen, die insbesondere wegen

Verkehrs- oder sonstiger öffentlicher Planungen ihre Betriebsstätten aus dem Stadtgebiet an die Peripherie verlagern müssen, oder steht es der Firma frei, Interessenten ausschließlich nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten auszuwählen und zur Neuansiedlung im Raum München zu veranlassen?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIII. 1. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Wann errichtet die Deutsche Bundespost im Ortsteil Essen-Werden den schon vor Jahren zugesagten Umsetzer, damit die Bewohner des Stadtteiles Werden das Zweite Fernsehen empfangen können?

XIII. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Entspricht es den Tatsachen, daß seitens der Deutschen Bundespost für die Verlegung oder Ummeldung bzw. den Neuanschluß eines Fernsprechanschlusses eine Pauschale von 90 DM ohne Offenlegung der tatsächlichen Anschlußkosten berechnet wird?

XIII. 3. Abgeordneter **Wagner**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Überprüfung der Deutschen Bundespost durch eine Sachverständigenkommission auch die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der jetzigen regionalen Einteilung der Oberpostdirektionsbezirke prüfen zu lassen?

XIII. 4. Abgeordneter **Wagner**

Ist der Herr Bundespostminister bereit, falls die in Frage XIII/3 erwähnte Prüfung die Notwendigkeit einer Änderung der Oberpostdirektionsbezirke aufweist, die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen?

XIII. 5. Abgeordneter **Wagner**

Beabsichtigt die Bundesregierung, der Sachverständigenkommission anläßlich der in Frage XIII/3 empfohlenen Prüfung der regionalen Einteilung der Oberpostdirektionsbezirke auch die Ergebnisse des sogenannten Wiesemeyer-Gutachtens mitzuteilen?

XIII. 6. Abgeordnete **Frau Döhring**

Ist dem Herrn Bundespostminister bekannt, daß durch die Frequenzänderung im UHF-Bereich des Fernsehsenders Stuttgart-Frauenkopf, die Ende 1961 erfolgt ist, in vielen Teilen des Großraums Stuttgart kein störungsfreier Empfang des 2. Programms möglich ist?

XIII. 7. Abgeordnete **Frau Döhring**

Was hat die Deutsche Bundespost getan, um den Mängeln in der Fernsehversorgung im UHF-Bereich wirksam entgegenzutreten, nachdem die Landesfachgruppe Radio- und Fernsehtechnik sich wiederholt beschwerdeführend an die Oberpostdirektion Stuttgart und das Bundespostministerium gewendet hat?

XIII. 8.	Abgeordnete **Frau Döhring**	Trifft es zu, daß der Störungsmeßdienst der Deutschen Bundespost im Raum Stuttgart oft erst vier Monate nach Eingang der Entstörungsmeldung tätig wird?
XIII. 9.	Abgeordneter **Biechele**	Wie weit sind die Planungen für den Bau eines Fernsehsenders auf dem Bodanrück gediehen, der für weite Gebiete am Bodensee den Empfang des 2. Fernsehprogramms ermöglichen soll?
XIII. 10.	Abgeordneter **Strohmayr**	Trifft es zu, daß nach den Bestimmungen der neuen Postzeitungsgebührenordnung Zweimonatszeitschriften für Vertrieb und Zustellung an die Deutsche Bundespost Gebühren für zwölf Ausgaben zahlen müssen, obwohl nur sechs Ausgaben versandt werden?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIV. 1.	Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**	Hält das Bundesgesundheitsministerium den Beruf der Diätassistentin im gleichen Maß für förderungswürdig wie die Krankenpflegetätigkeiten und damit eine gleichartige Unterstützung in der Ausbildung auf Länderebene für wünschenswert?
XIV. 2.	Abgeordneter **Bading**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Mitteln, die das Durchrosten von im Boden eingegrabenen Heizölbehältern und damit die Grundwasserverseuchung verhindern sollen?
XIV. 3.	Abgeordneter **Bading**	Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, durch eigene Verordnung oder durch Einwirkung auf die Landesregierungen den Benutzern der in Frage XIV/2 genannten Heizölbehälter vorzuschreiben, daß rostverhindernde Mittel dem Inhalt von Heizölbehältern zugesetzt werden müssen?
XIV. 4.	Abgeordneter **Dr. Kohut**	Trifft es zu, daß als Folge des Bettenmangels in vielen Krankenhäusern schwerkranke Patienten nicht aufgenommen wurden und dadurch schwere Schäden erlitten haben?

Bonn, den 16. Oktober 1964